

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 19.05.2021

GRÜNE: Öffentliche Flächen und Parkraum zur Verfügung stellen Unbürokratisch Außengastronomie und Kultur bei Öffnungen unterstützen

Angesichts der positiven Entwicklung bei der Infektionslage in der Stadt Osnabrück sind nun womöglich ab Freitag weitere Öffnungen zu erwarten. Bleibt die 7-Tageinzidenz fünf Tage auf einem Wert von unter 100, dann kann unter anderem die Gastronomie und auch die Kultur wieder eingeschränkte Angebote machen. „Auch in Osnabrück wird Draußen jetzt erst einmal das neue Drinnen, was ja auch aus Infektionsschutzgründen sinnvoll ist. Wir fordern daher die Verwaltung auf, Gastronomen und Kulturschaffenden unbürokratisch zusätzliche Flächen zur Verfügung zu stellen. Hier bieten sich natürlich Parkplätze an, das können aber auch andere öffentliche Flächen sein. Wir brauchen jetzt kurzfristig flexible Lösungen. Dazu muss die Verwaltung unbürokratisch Nutzungen erlauben“, so der Vorsitzende der GRÜNEN Ratsfraktion, Volker Bajus.

Auch auf Gebühren sollte dabei nach Möglichkeit verzichtet werden. Der Rat habe dafür die Möglichkeiten geschaffen. Der Erhalt des kulturellen und gastronomischen Angebots liege schließlich im öffentlichen Interesse. „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Land Gastronomie und Kulturangebote wieder möglich machen will. Das ist jetzt auch dringend nötig. Viele dieser Betriebe stehen am Rande ihrer Existenz und drohen den Sommer nicht zu überleben. Mit umgenutzten Parkplätzen und Außenflächen kann die Stadt ihnen konkret helfen und zugleich ausprobieren, ob damit nicht auch insgesamt eine bessere Stadtentwicklung und Aufenthaltsqualität möglich ist“, erläutert Bajus.

Voraussetzung sei natürlich, dass es endlich auch in Osnabrück gelingt, das Infektionsgeschehen zu senken. „Und zwar dauerhaft. Von einem Jo-Jo-Effekt hat niemand etwas. Die Betreiber brauchen Handlungssicherheit. Hier sind wir auch alle gefragt, die Infektionsgefahr weiter ernst zu nehmen. Insoweit bleibt die Eindämmung von Corona auch weiter der Schwerpunkt der Krisenarbeit der Verwaltung“, so Bajus.